


Standortvorteil gefährdet

Arbeitskämpfe. Wenn heute in Deutschland gestreikt wird, dann vor allem im Dienstleistungssektor. Dieser Trend ist zwar nicht neu und auch im Ausland zu beobachten. Werden die Arbeitskämpfe jedoch auf Dauer in dem Ausmaß geführt wie in diesem Jahr, läuft die Bundesrepublik Gefahr, einen wichtigen Standortvorteil zu verspielen. 

Die Bundesbürger hatten in den vergangenen Monaten einiges zu ertragen: Mal fuhren die Züge nicht, mal waren die Kitas zu, zurzeit bleibt der Briefkasten oft leer. Nie zuvor wurde so viel gestreikt – so der Eindruck. Er dürfte allerdings auch dadurch entstanden sein, dass die Arbeitsniederlegungen allesamt

Dienstleistungen betreffen, die im Alltag eine große Rolle spielen. Legen dagegen Industriebeschäftigte die Arbeit nieder, hat das für Otto Normalverbraucher in der Regel kaum unmittelbare Auswirkungen.

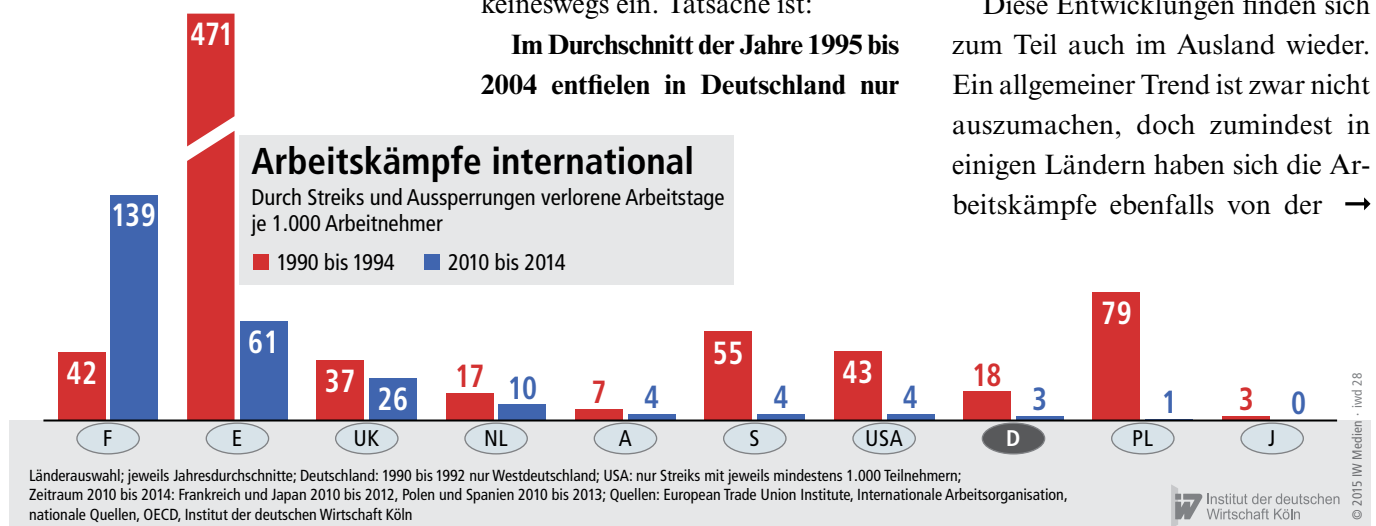
Dass Arbeitskämpfe immer häufiger im Servicesektor stattfinden, bilden sich die Bürger allerdings keineswegs ein. Tatsache ist:

Im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2004 entfielen in Deutschland nur

etwa 10 Prozent aller durch Streiks verlorenen Arbeitstage auf den Dienstleistungssektor – seit 2005 waren es fast 80 Prozent.

Parallel dazu ist auf der einen Seite die Zahl der Streikenden gesunken – je bestreikten Betrieb traten von 1995 bis 1999 im Jahresdurchschnitt 583 Arbeitnehmer in den Ausstand, von 2010 bis 2014 nur noch 64. Auf der anderen Seite dauern die Arbeitskämpfe länger – die Zahl der verlorenen Arbeitstage je Streikenden ist seit Mitte der 1990er Jahre von 0,9 auf 2,8 gestiegen.

Diese Entwicklungen finden sich zum Teil auch im Ausland wieder. Ein allgemeiner Trend ist zwar nicht auszumachen, doch zumindest in einigen Ländern haben sich die Arbeitskämpfe ebenfalls von der →



Inhalt

JUNIOR. Die Sieger des Bundeswettbewerbs kommen aus Eckernförde und treten bald gegen ihre europäischen Konkurrenten an.
Seite 3

Stress im Job. Obwohl die Arbeit aufgrund der Digitalisierung enger getaktet ist als früher, sind die Gesundheitsrisiken nicht größer geworden.
Seite 4-5

Hartz-IV-Sanktionen. Manche Jobcenter ahnden Verfehlungen von Arbeitslosengeld-II-Empfängern kaum, andere sind sehr konsequent.
Seite 6

Griechenland. Die aktuellsten Ausfuhrzahlen zeigen, dass ein Grexit für die deutsche Exportwirtschaft keine großen Folgen hätte.
Seite 7

Zoologische Gärten. Im vergangenen Jahr haben 2,6 Millionen Menschen mindestens drei Mal einen der mehr als 200 deutschen Zoos besucht.
Seite 8

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Industrie in den Dienstleistungsbereich verlagert (Grafik):

In Großbritannien zum Beispiel war zu Beginn der 1990er Jahre erst gut die Hälfte aller Streiktage dem Servicesektor zuzurechnen – nach 2010 waren es dagegen nahezu alle.

Auch in den Niederlanden, in Frankreich und Spanien ist der Streikanteil der Dienstleister tendenziell gestiegen.

Insgesamt ist das Ausmaß der Arbeitskämpfe in den Industrieländern seit 1990 allerdings eher geschrumpft – und zwar zum Teil sehr deutlich (Grafik Seite 1):

In Spanien gingen von 1990 bis 1994 pro Jahr im Schnitt 471 Arbeitstage je 1.000 Arbeitnehmer durch Streiks und Aussperrungen verloren, von 2010 bis 2013 dagegen nur noch 61 Arbeitstage.

Auch in Schweden, den USA und Polen wurde seit 2010 viel weniger gestreikt als noch 20 Jahre zuvor. Gegen den Trend entwickelte sich das Arbeitskampfvolumen lediglich in Frankreich, wo von 2010 bis 2012

pro Jahr gut dreimal so viele Arbeitstage je 1.000 Beschäftigten ausfielen wie Anfang der 1990er Jahre.

Doch auch wenn die Arbeit zuletzt in den meisten Ländern seltener niedergelegt wurde, bleiben die Unterschiede in Sachen Streikniveau recht groß. Verglichen mit Frankreich und Spanien waren die Streikaktivitäten in Deutschland bis 2014 gering. In Japan fielen sogar überhaupt keine Arbeitstage wegen Streiks aus.

Diese Extreme erklären sich nicht zuletzt durch die unterschiedliche Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen. In den südeuropäischen Ländern zum Beispiel gibt es zahlreiche Gewerkschaften mit unterschiedlicher politisch-ideologischer Ausrichtung und zugleich eine schwach ausgeprägte Tarifautonomie, sodass der Staat häufig in Tarifverhandlungen eingreift. Streiks haben dort demzufolge oft einen politischen Charakter.

In Skandinavien und Belgien dagegen sind die Gewerkschaften an

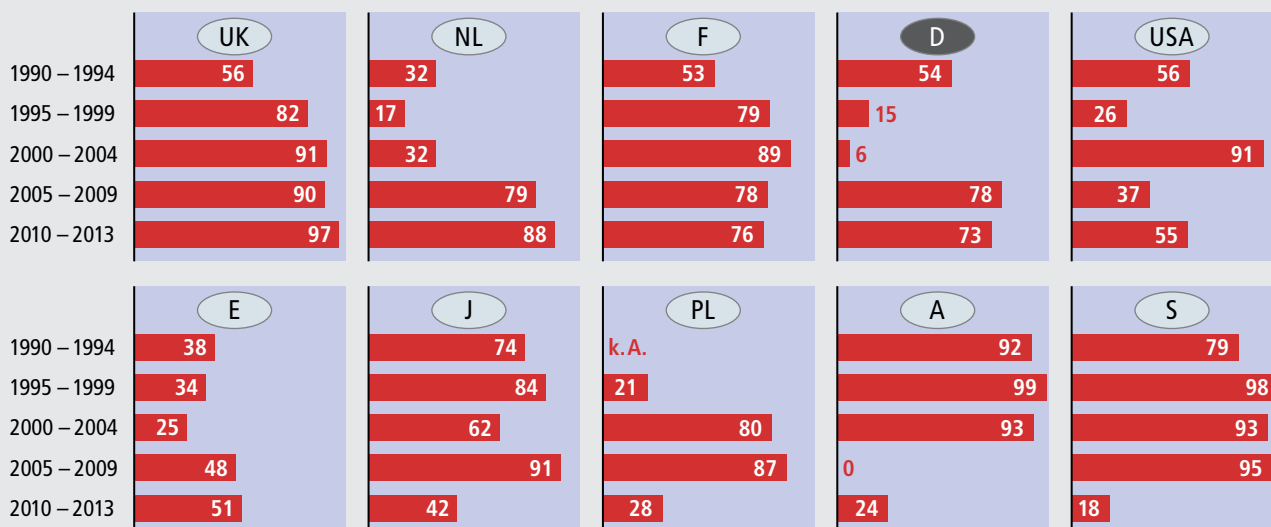
der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung beteiligt. Der Organisationsgrad der Beschäftigten ist entsprechend hoch, Tarifverhandlungen werden weitgehend autonom geführt und politische Proteste sind seltener.

Auch Deutschland hat bislang stark von den konstruktiven Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern profitiert. Die jüngsten Streikwellen lassen jedoch befürchten, dass dies nicht so bleibt. Immerhin fielen in diesem Jahr nach IW-Schätzungen bis Juni bereits 17 Arbeitstage je 1.000 Arbeitnehmer durch Streiks aus – rund 600.000 Arbeitstage insgesamt. Wird der Arbeitsfrieden in Deutschland nachhaltig gestört, könnte dies so manches Unternehmen von Investitionen am Standort D abhalten.

i aus IW-Trends 3/2015
 Hagen Lesch: Strukturwandel des Arbeitskamps – Deutschland im OECD-Ländervergleich
iwkoeln.de/arbeitskampf

Die Streiks im Service-Sektor

So viel Prozent der arbeitskampfbedingt verlorenen Arbeitstage entfielen auf den Dienstleistungssektor



Länderauswahl; jeweils Jahresdurchschnitte; Deutschland: 1990 bis 1992 nur Westdeutschland; USA: nur Streiks mit jeweils mindestens 1.000 Teilnehmern; Zeitraum 2000 bis 2004: Japan ohne 2003, Österreich ohne 2004; Zeitraum 2010 bis 2013: Frankreich und Japan 2010 bis 2012
 Quellen: European Trade Union Institute, Internationale Arbeitsorganisation, nationale Quellen, OECD, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Deutschlands beste Schülerfirma

JUNIOR-Programme. Dass sich junge Leute für die Selbstständigkeit begeistern können, zeigte der diesjährige Bundeswettbewerb um die beste Schülerfirma. Die Sieger kommen aus Eckernförde und treten im Juli gegen ihre europäischen Konkurrenten an.

Ein ganzes Jahr lang ein echtes Unternehmen mit allem Drum und Dran zu führen – das ist die Idee der JUNIOR-Schülerfirmenprogramme (vgl. iwd 27/2015).

Sie werden seit 1994 von der IW JUNIOR gGmbH angeboten, einer Tochter des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), und stehen derzeit unter der Schirmherrschaft von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

Beim diesjährigen Bundeswettbewerb traten die 15 Landessieger am 25. Juni im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin an und versuchten, die Jury – unter dem Vorsitz von IW-Direktor Michael Hüther – an selbst gestalteten Messeständen und in einer Bühnenpräsentation von ihrer jeweiligen Geschäftsidee zu überzeugen.



Bundessieger 2015: Die Schülerfirma RAUTECK von der Jungmannschule in Eckernförde

© Foto: IW JUNIOR/Mark Bollhorst

Platz 1. Am besten gelang das den jungen Leuten von der Jungmannschule in Eckernförde. Nach dem Prinzip „Nicht Re-, sondern Upcycling“ verwertet die Schülerfirma RAUTECK alte Sicherheitsgurte aus Autos und fertigt daraus Flaschenöffner und Taschen.

Platz 2. Bei der Schülerfirma Woodion aus Frankenberg in Hessen dreht sich – wie der Name schon verrät – alles um das Thema Holz. Die Schüler überzeugten die Jury mit einem Schreibtisch-Organizer und selbst designten Holzbrillen.

Platz 3. Das Schülerunternehmen ReBo aus Trier in Rheinland-Pfalz

punktete mit der Idee, Wollmützen herzustellen, die bei Dunkelheit das Licht reflektieren.

Als Sieger des Bundeswettbewerbs wird RAUTECK Deutschland Ende Juli auf dem Europawettbewerb „26th JA Europe Company of the Year Competition 2015“ in Berlin vertreten und dort gegen die Sieger aus 39 weiteren europäischen Ländern antreten.

Nach 2000 und 2007 findet dieser Wettbewerb zum dritten Mal in Deutschland statt. Ausrichter ist die IW JUNIOR gGmbH, die dabei unter anderem vom Bundeswirtschaftsministerium unterstützt wird.

Das IW Köln in Brüssel

Am 1. Juli hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) sein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet – damit ist das IW als erstes deutsches Wirtschaftsforschungsinstitut in der EU-Hauptstadt vertreten. Mit gutem Grund: Denn ob Finanzmarktregulierung, Energie- oder Geldpolitik – immer mehr (wirtschafts-)politische Entscheidungen, die sich auch auf die deutsche Wirtschaft auswirken, werden inzwischen in der belgischen Hauptstadt getroffen. Um die Reputation des Instituts aufzubauen und die wissenschaftliche Expertise des Hauses in die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene einzubringen, schickt das IW zunächst zwei Mitarbeiter nach Brüssel:

Sandra Parthie als Leiterin des Büros und Markus Mill als Referent für Europapolitik. Parthie hat, bevor sie zum IW kam, bereits neun Jahre in Brüssel gearbeitet – erst im Europäischen Parlament, dann für den französischen Energiekonzern Alstom. Parthie und Mill wollen das IW und seine Arbeit zunächst in Brüssel bekannt machen. Im zweiten Schritt möchte sich das IW Köln an wissenschaftlichen Ausschreibungen europäischer Institutionen beteiligen. Denn, wie EU-Kommissar Günther Oettinger bei der Eröffnungsfeier vor rund 300 Gästen zusammenfasste: „IW-Studien sind keine Raumstationen, sondern wirtschaftsnah“.

Nur kein **Stress!**

Schnell noch 148 E-Mails checken und dann mal kurz die Welt retten? Multitasking, Termindruck und häufige Arbeitsunterbrechungen gehören für viele Beschäftigte zum beruflichen Alltag. Inwieweit die Mitarbeiter das auch als belastend empfinden, hängt von jedem einzelnen ab.

Termin- und Leistungsdruck sind vor allem bei jenen verbreitet, die im Job häufig moderne Kommunikationstechnologien nutzen: Sechs von zehn Beschäftigten, die beruflich häufig das Internet nutzen und mit Kollegen und Geschäftspartnern vernetzt sind, stehen oft unter starkem Termin- und Leistungsdruck – von den Arbeitnehmern, die am Arbeitsplatz nur gelegentlich online gehen, ist es nicht einmal jeder Zweite.

Es hat viele Vorteile, über das Internet zu kommunizieren und sich zu informieren. Das Web ist günstig und schnell. Die Arbeit mag dadurch enger getaktet sein als früher, doch der technische Fortschritt ist weniger das Problem als vielmehr Teil der Lösung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Sie hat sich nicht nur mit dem Thema Stresshäufigkeit beschäftigt. Vielmehr listet sie auch erfolgreiche Strategien gegen potenzielle Belastungen durch Termin- und Leistungsdruck am Arbeitsplatz auf.

Um beruflichen Stress abzufedern, gibt es viele probate Mittel: Hilfe und Unterstützung durch Kollegen und Vorgesetzte, einen möglichst großen

Handlungsspielraum in Bezug auf die eigene Arbeitszeit und Arbeitsmenge sowie Aufstiegsperspektiven und – last but not least – ein zufriedenstellendes Einkommen.

Was die persönlichen Spielräume angeht, bietet die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt mehr Komfort als je zuvor: Mittels Smartphone, Tablet und Laptop sind viele Arbeitsplätze ortsungebunden, und ob ein Projekt vom Büro oder vom Strand aus gesteuert wird, ist grundsätzlich erst mal egal.

Doch nicht nur räumlich sind Internetarbeiter flexibler, auch die Arbeitszeit können viele Arbeitnehmer dank moderner Technik an ihre Bedürfnisse anpassen. So sind 95 Prozent der Menschen auf Internetarbeitsplätzen mit ihrem Job zufrieden, wenn sie ihre Aufgaben eigenständig planen können – ein absoluter Spitzenwert.

Für den Wohlfühlfaktor im Job spielen auch die Kollegen eine große Rolle: Wer unterstützt wird und

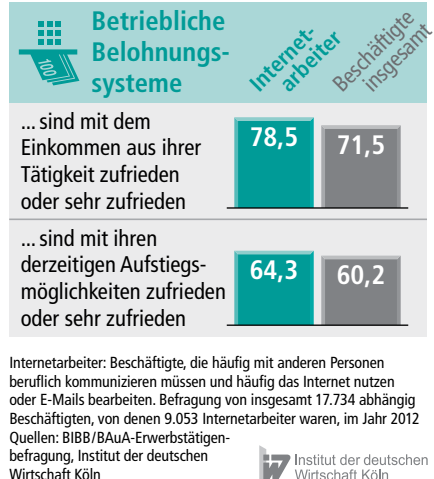
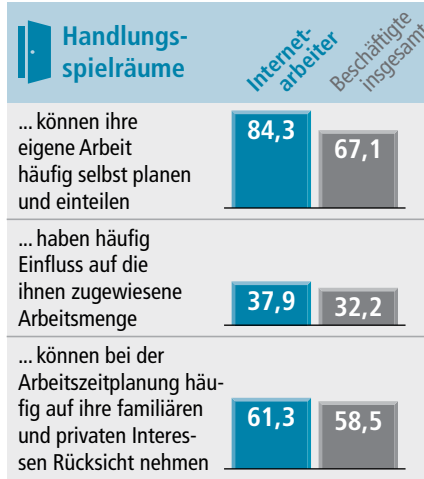
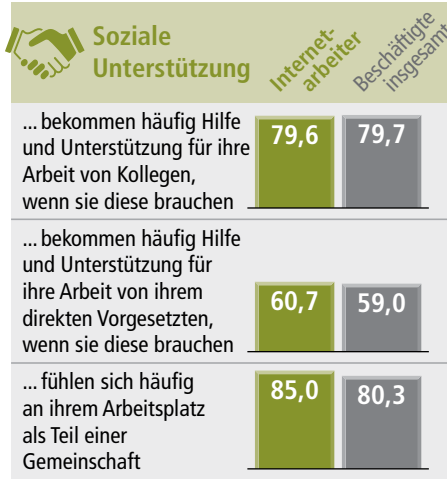
ein angenehmes Betriebsklima erlebt, empfindet Zeitdruck im Job meist als weniger belastend als Mitarbeiter, die auf keine soziale Unterstützung im Betrieb zurückgreifen können. Ähnlich sieht es bei den betrieblichen Belohnungssystemen aus: Beschäftigte, die ein zufriedenstellendes Einkommen erzielen und die Aussicht haben, sich beruflich zu verbessern, fühlen sich seltener belastet als Arbeitnehmer, die mit ihrer Gratifikation und den Aufstiegsmöglichkeiten unzufrieden sind. Und auch in diesen Punkten weisen Internetarbeiter eine besonders hohe Zufriedenheit auf.

Hammermann, Andrea / Stettes, Oliver:
Bewältigung von Stress in einer vernetzten Arbeitswelt – Befunde aus der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung IW-Trends 2/2015, Köln
iwkoeln.de/stress



Stressbewältigung: Internetautarbeiter sind gut gerüstet

Um mit Stress am Arbeitsplatz umzugehen, benötigen Beschäftigte unterschiedliche Unterstützung und Anreize. So viel Prozent der Beschäftigten ...



Institut der deutschen Wirtschaft Köln

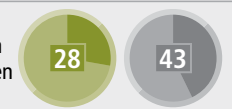
© 2015 IW Medien - iw-d 28

Stress: Wie Kollegen und Vorgesetzte helfen

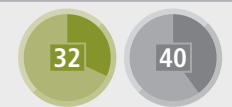
So viel Prozent der Beschäftigten, die ... bei Bedarf Hilfe und Unterstützung für ihre Arbeit von Kollegen bekommen, wenn sie diese brauchen, empfinden häufig starken Termin- und Leistungsdruck und fühlen sich dadurch belastet



So viel Prozent der Beschäftigten, die ... bei Bedarf Hilfe und Unterstützung für ihre Arbeit von ihrem direkten Vorgesetzten bekommen, wenn sie diese brauchen, empfinden häufig starken Termin- und Leistungsdruck und fühlen sich dadurch belastet



So viel Prozent der Beschäftigten, die sich ... an ihrem Arbeitsplatz als Teil einer Gemeinschaft fühlen, empfinden häufig starken Termin- und Leistungsdruck und fühlen sich dadurch belastet



Befragung von insgesamt 17.734 abhängig Beschäftigten im Jahr 2012
 Quellen: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 28

Stress: Wertschätzung hilft

So viel Prozent der Beschäftigten, die mit dem Einkommen aus ihrer Tätigkeit ... sind, empfinden häufig starken Termin- und Leistungsdruck und fühlen sich dadurch belastet



So viel Prozent der Beschäftigten, die mit ihren derzeitigen Aufstiegsmöglichkeiten ... sind, empfinden häufig starken Termin- und Leistungsdruck und fühlen sich dadurch belastet



Befragung von insgesamt 17.734 abhängig Beschäftigten im Jahr 2012
 Quellen: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

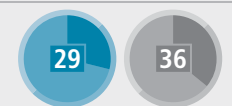
© 2015 IW Medien - iw-d 28

Stress: Flexibilität entlastet

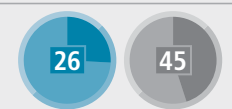
So viel Prozent der Beschäftigten, die ihre eigene Arbeit ... selbst planen und einteilen können, empfinden häufig starken Termin- und Leistungsdruck und fühlen sich dadurch belastet



So viel Prozent der Beschäftigten, die ... Einfluss auf die ihnen zugewiesene Arbeitsmenge haben, empfinden häufig starken Termin- und Leistungsdruck und fühlen sich dadurch belastet



So viel Prozent der Beschäftigten, die ... bei der Arbeitszeitplanung auf ihre familiären und privaten Interessen Rücksicht nehmen können, empfinden häufig starken Termin- und Leistungsdruck und fühlen sich dadurch belastet



Befragung von insgesamt 17.734 abhängig Beschäftigten im Jahr 2012
 Quellen: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 28

Strenge Sachsen

Hartz-IV-Sanktionen. Manche Jobcenter ahnden Verfehlungen von Arbeitslosengeld-II-Empfängern kaum, andere sind sehr konsequent. Besonders streng gehen die Sachsen mit Jugendlichen um, die ihre Mitwirkungspflichten nicht ernst nehmen.

Die Empfänger von Arbeitslosengeld II, auch Hartz IV genannt, müssen in vielen Fällen mit Sanktionen rechnen, wenn sie bestimmte Vorgaben nicht erfüllen:

1. Pflichten. Arbeitslose müssen sich selbst um einen Job bemühen, sie dürfen keine angebotene Arbeit oder Weiterbildungsmaßnahme ablehnen und sie dürfen ihre Bedürftigkeit nicht absichtlich herbeigeführt haben.

Beim ersten Pflichtverstoß wird die Regelleistung von 399 Euro für drei Monate um 30 Prozent gekürzt.

Bei wiederholtem Verstoß innerhalb eines Jahres gehen 60 Prozent der Regelleistung verloren. Wenn weitere Pflichtverletzungen festgestellt werden, entfällt das Arbeitslosengeld II ganz – einschließlich des Betrags für Unterkunft und Heizung, der zusätzlich zur Regelleistung gezahlt wird.

Eine solche Vollsanktion erhielten 2014 jedoch nur 7.500 Personen – gerade einmal 0,2 Prozent der Leistungsbezieher.

Eine Sonderregel gibt es für junge Leute bis 25 Jahre: Ihnen wird schon beim ersten Regelverstoß nur noch das Geld für Miete und Heizung gezahlt; wenn sie weiter die Mitarbeit verweigern, können Leistungen komplett gestrichen werden.

Die abweichende Behandlung von Jugendlichen wird von Arbeitsmarktexperten damit begründet,

dass sich gerade diese Gruppe nicht an Arbeitslosigkeit gewöhnen soll.

2. Meldeversäumnisse. Weniger drastisch sind die Folgen, wenn Arbeitslose Termine im Jobcenter ohne triftigen Grund verpassen. Dann droht eine dreimonatige Kürzung der Regelleistung um 10 Prozent.

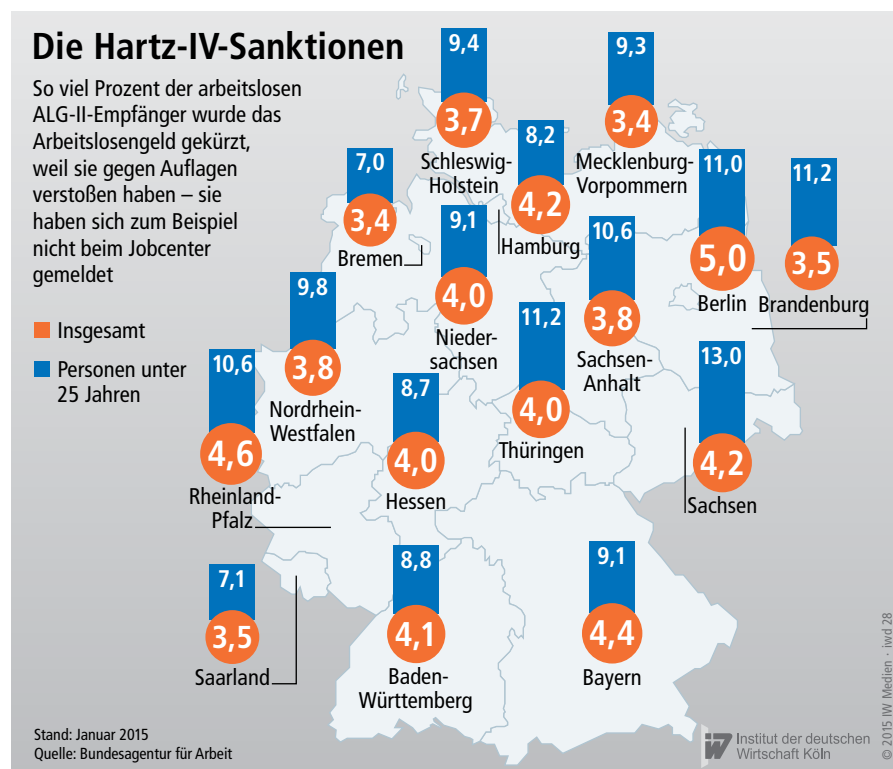
Solche Meldeversäumnisse machen den Großteil aller Regelverstöße aus: Zwischen Februar 2014 und Januar 2015 sind rund eine Million Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger verhängt worden, drei Viertel davon, weil ein Termin im Jobcenter verpasst wurde.

Die Weigerung, eine Arbeit anzutreten oder sich weiterzubilden, führte in jedem zehnten Fall zu einer Kürzung der Leistungen.

Männer werden in der Regel öfter sanktioniert als Frauen und Jugendliche häufiger als Ältere.

Ausländer sind pflichtbewusster als Deutsche: Bezogen auf die Zahl der arbeitslosen Hartz-IV-Empfänger wurden im Jahresdurchschnitt nur 3,3 Prozent mindestens einmal sanktioniert (generell 4 Prozent).

Die Sanktionspraxis unterscheidet sich regional erheblich (Grafik). So kürzte das Jobcenter in der Grafschaft Bentheim jedem zehnten Hilfeempfänger mindestens einmal Leistungen, während im benachbarten Emsland – mit vergleichbar hoher Arbeitslosigkeit – die Sanktionsquote nur 3 Prozent betrug. Da sich die Arbeitslosen im Emsland nicht ganz anders verhalten dürften als in Bentheim, deuten die Unterschiede darauf hin, dass in manchen Jobcentern Verfehlungen konsequenter geahndet werden als anderswo.



Die Kollateralschäden bleiben gering

Griechenland. In Diskussionsrunden über den eventuellen Austritt Griechenlands aus der Eurozone wird immer wieder argumentiert, dass ein Grexit auch ökonomische Folgen für Deutschland hätte. Tatsächlich sind zumindest keine nennenswerten negativen realwirtschaftlichen Effekte zu erwarten.

Landauf, landab wird in Talkshows, Leitartikeln und wissenschaftlichen Zirkeln die Frage erörtert, welche finanziellen und realwirtschaftlichen Folgen ein Grexit für Deutschland hätte:

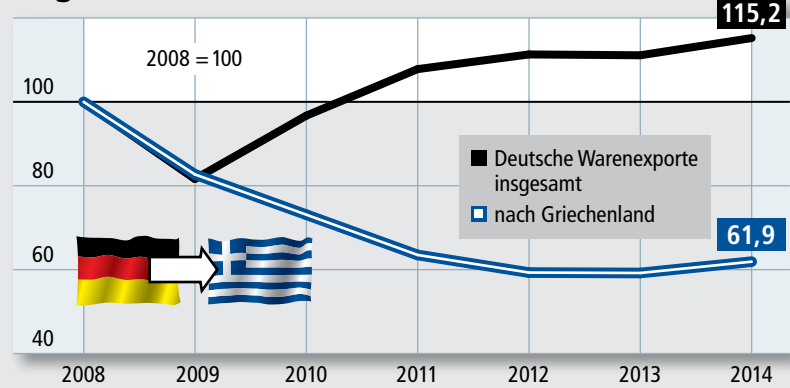
- **Fiskalische Auswirkungen.** Was ein griechischer Staatsbankrott den deutschen Steuerzahler am Ende kosten würde, kann heute niemand genau sagen. Zwar betragen allein die deutschen Garantien gegenüber dem Rettungsfonds knapp 40 Milliarden Euro und die Forderungen aus dem Zahlungsverkehr der Zentralbanken (TARGET II, vgl. iwD 16/2014) belaufen sich auf annähernd 30 Milliarden Euro.

Solange man aber nicht weiß, wie hoch ein möglicher Schuldenschnitt ausfällt und wie die Abschreibungsmodalitäten der Europäischen Zentralbank (EZB) aussehen, sind die 87 Milliarden Euro, die für Deutschland verloren gehen würden, reine Spekulation.

- **Realwirtschaftliche Auswirkungen.** Hier lässt sich schon etwas genauer sagen, was ein Grexit für die Exportnation Deutschland bedeuten würde. Ein Gau dürfte jedenfalls nicht zu erwarten sein – aus zwei Gründen:

Zum einen ist die Gefahr, dass sich andere Euroländer an der griechischen Staatspleite anstecken, der-

Weniger Geschäfte mit Griechenland



Deutsche Warenexporte nach Griechenland 2014 in Millionen Euro

Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge	1.494,4	Waren und Warenverkehrsvorgänge	201,9
Chemische Erzeugnisse	1.356,5	Getränke und Tabak	77,8
Lebende Tiere und Nahrungsmittel	749,8	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel etc.	51,5
Bearbeitete Waren	496,3	Rohstoffe	45,4
Verschiedene Fertigwaren	467,6	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	7,3

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2015 IW Medien - iwD 28

zeit recht gering. Anders als noch vor einigen Jahren ist deshalb zum Beispiel nicht damit zu rechnen, dass die deutschen Exporte nach Spanien oder Italien einbrechen.

Zum anderen sind die Handelsverflechtungen zwischen Deutschland und Griechenland nicht sonderlich eng geknüpft (Grafik):

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 sind die deutschen Warenexporte nach Griechenland um fast 40 Prozent eingebrochen.

Und das, obwohl sich im selben Zeitraum die gesamten Warenexporte Deutschlands um gut 15 Prozent erhöht haben.

In Euro ausgedrückt bedeutet dies, dass die Warenausfuhren nach Griechenland zwischen 2008 und 2014 von knapp 8 Milliarden Euro

auf knapp 5 Milliarden Euro zurückgegangen sind.

Unter dieser Entwicklung haben vor allem der Maschinenbau, die Elektrotechnik und der Fahrzeugbau gelitten – die Exporte dieser drei M+E-Branchen reduzierten sich von 3,4 auf 1,5 Milliarden Euro.

Nahezu stabil geblieben sind die Ausfuhren von chemischen Erzeugnissen und die Exporte von Nahrungsmitteln.

Bezogen auf den Gesamtexport von derzeit 1,1 Billionen Euro sind die Lieferungen nach Griechenland aber nicht von großer Bedeutung. Ihr Anteil an den gesamten deutschen Exporten liegt bei 0,4 Prozent, 2008 waren es noch 0,8 Prozent. Die wesentliche Anpassung beim Export von industriellen Erzeugnissen hat also bereits stattgefunden.

Die Welt der Tiere

Zoologische Gärten. Im vergangenen Jahr haben 2,6 Millionen Menschen mindestens drei Mal einen der mehr als 200 deutschen Zoos, Tier- und Wildparks besucht.

Ein Nilpferd spaziert gemächlich durch die Straßen von Tiflis – dieses Bild ging vor einigen Tagen um die Welt. Der Hintergrund dieser Geschichte war allerdings bitterernst: Bei einer Überflutung wurde der Zoo in Georgiens Hauptstadt so stark beschädigt, dass sogar einige Raubtiere entfliehen konnten und ein Tiger einen Mann tötete.

Von solchen Extremen abgesehen, ist der Besuch von Zoos weltweit eine beliebte Freizeitbeschäftigung, auch in Deutschland (Grafik):

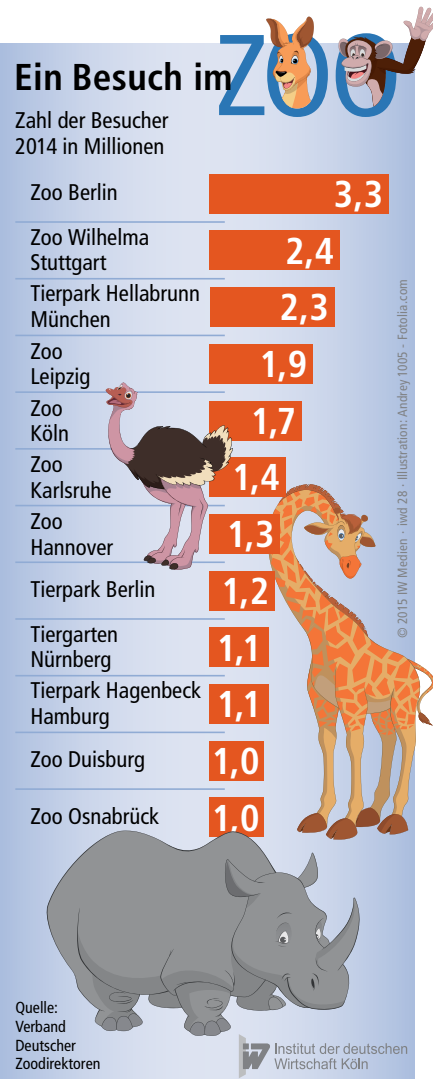
Der Berliner Zoo zog im vergangenen Jahr rund 3,3 Millionen Besucher an – mehr als jeder andere Tierpark in Deutschland.

Der Zoo in der Hauptstadt kann noch mit weiteren Superlativen auf-

warten: Mit mehr als 20.000 Tieren ist er ebenso die Nummer eins in Deutschland wie bezüglich der Zahl an unterschiedlichen Spezies, es sind immerhin 1.500.

Der große Besucherandrang bringt einen entsprechenden Umsatz. Zwar gibt es nicht für alle Zoos und Tiergärten aktuelle Zahlen, doch selbst ein – gemessen an der Besucherzahl – vergleichsweise kleiner Zoo wie der in Hannover setzte zuletzt 28 Millionen Euro pro Jahr um. Diese Summe ergibt sich aus den Einnahmen durch Eintrittsgelder, Gastronomie, Veranstaltungen, Merchandising und Parkplatzgebühren. Nicht enthalten sind die Zuschüsse aus städtischen Haushalten und private Spenden.

Doch wer unterhält eigentlich die deutschen Zoos? Die im Verband der Zoologischen Gärten organisierten Tiergehege werden meist vom Land oder von Kommunen betrieben, manche gehören auch Stiftungen oder Vereinen. Sie können als gemeinnützige Aktiengesellschaften oder gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung geführt werden, wobei die Bezeichnung „gemeinnützig“ darauf hinweist, dass diese Gesellschaften ganz oder teilweise von der Steuer befreit sind. Nur wenige Zoos können von ihrer Rechtsform her Gewinne erzielen.



Dass Zoos, Tier- und Wildparks nicht gerade die größten Arbeitgeber sind, belegen zwei Zahlen:

- Zum einen beschäftigen sie ganzjährig gerade einmal 4.000 Menschen, hinzu kommen noch ein paar Hundert Saisonkräfte.
- Zum anderen hält der Beruf des Tierpflegers einen deutschen Rekord: In keinem anderen Ausbildungsberuf kommen auf je 100 Bewerber so wenig Stellen, nämlich ganze elf.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.